

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2011176/2

Dezernat: Dezernat 6	aktuelles Gremium Hauptausschuss	Sitzung am: 11.10.2011 TOP: 2.4
Amt: Bereich 061	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2011176/2
	Az.:	erstellt am: 12.09.2011

Betreff

20. Änderung Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Köthen (Anhalt)
hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der
Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher
Belange (TÖB) - Abwägungsbeschluss

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	06.10.2011: Bau- und Umweltausschuss	06.10.2011	laut BV
2	11.10.2011: Hauptausschuss	11.10.2011	laut BV
3	25.10.2011: Stadtrat	25.10.2011	laut BV

Beschlussentwurf

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange entsprechend dem zu diesem Beschluss vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2) wird auf der Planzeichnung folgende Korrektur vorgenommen.
 - 1.1 Auf der Planzeichnung wird folgende Aussage zur Kartengrundlage nachgetragen
"Topografische Karte © GeoBasis-DE/L VermGeo LSA, 2011/A 18-311-2010-7".
2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange entsprechend dem vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2) wird die Begründung zur 20. Änderung des Flächennutzungsplanes wie folgt geändert und ergänzt:
 - 2.1 In den Pkt. 4.3. "Altlasten" wird folgender Passus eingefügt:
"Im Änderungsbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt) befinden sich keine betriebenen bzw. in Stilllegung befindliche Deponien, die der Zuständigkeit der oberen Abfallbehörde unterfallen."

- 2.2 In den Pkt. 6.1.3.2. "Fachplanungen" wird unter 3. Biotoptypen folgender Passus eingefügt:
"Im Geltungsbereich der FNP-Änderung befinden sich keine bestehenden oder geplanten Naturschutzgebiete."
- 2.3 In den Pkt. 7.1. "Verkehrerschließung" wird folgender Passus eingefügt:
"Sollte es zu Baußmaßnahmen mit Anschluss an diese Kreisstraße kommen, sind die konkreten Unterlagen bezüglich eines Kreuzungsausbaus oder einer Zufahrt zur Beurteilung beim Amt für Hochbau, Tiefbau und Gebäudemanagement LK ABL einzureichen."
- 2.4 Auf S. 19 Pkt. 5. "Städtebauliches Leitbild/Standortdiskussion" wird im 5. Absatz "Denkmalbereich" in "Denkmal" umgeändert.
- 2.5 In den Pkt. 7.2. "Wasserwirtschaftliche Erschließung", Niederschlagswasser wird folgender Passus eingefügt:
"Sollte beabsichtigt sein, das auf dem Grundstück anfallende Regenwasser mittels Anlagen zu versickern, ist zu prüfen, ob die hydrogeologischen Voraussetzungen unter Beachtung des DWA-Regelwerkes A 138 - Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser - vom April 2006 gegeben sind."
- 2.6 In den Pkt. 7.2. "Wasserwirtschaftliche Erschließung", Trinkwasser wird folgender Passus eingefügt:
"Für die ausgewiesene Mischgebietsfläche (1. Geltungsbereich) in der Maxdorfer Straße kann eine Versorgung mit Trinkwasser ab Endstrang der Versorgungsleitung DN 80 erfolgen. Sollten im Fall einer Gewerbenueansiedlung evtl. höhere Wasserbedarfsmengen benötigt werden, ist zu berücksichtigen, dass dies eine Dimensionserweiterung der Trinkwasser-Versorgungsleitung DN 80 zur Folge haben könnte. Die Kosten hierfür sind dann vom Baulastträger zu übernehmen."
- 2.7 In den Pkt. 7.2. "Wasserwirtschaftliche Erschließung", Abwasser wird folgender Passus eingefügt:
"Änderungsfläche 1 - Auf Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes des Abwasserverbandes Köthen, dass durch den Landkreis Anhalt-Bitterfeld durch eine Wasserrechtliche Genehmigung vom 16.07.2008 legitimiert wurde, ist für die betroffene Fläche eine dauerhaft dezentrale Schmutzwasserentsorgung vorgesehen. Die Entsorgung hat grundsätzlich mittels abflussloser Sammelgrube zu erfolgen."
Der Satz "Für die ÄF 1 ist ein Anschluss an das zentrale Abwassernetz gegeben." wird gestrichen.
3. Den übrigen Stellungnahmen wird nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht entsprochen. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.

Gesetzliche Grundlagen:

§§ 1 - 10 Baugesetzbuch (BauGB); §§ 4, 44 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA)

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

1. Vorbemerkungen

Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes betrifft 3 Teilgebiete.

1. Entwicklung einer Grünfläche/Fläche für die Landwirtschaft westlich der Maxdorfer Straße und des Friedhofsgeländes aufgrund struktureller Veränderungen zu einer gemischten Baufläche.
2. Rückentwicklung von 2 gemischten Bauflächen (ehemaliges Offiziers-Casino und ehemalige Pilotenküche) auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes der Stadt Köthen (Anhalt) zu naturbestimmten Grünflächen.

2. Verfahrensstand

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat am 07.07.2011 in öffentlicher Sitzung die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen geprüft sowie den Planentwurf der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung gebilligt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB beschlossen (Beschluss Nr. 11/StR/13/005).

Der Entwurf der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes, die Begründung und die vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom 05.08.2011 bis 06.09.2011 in der Stadtverwaltung Köthen (Anhalt) öffentlich ausgelegt.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB mit Schreiben vom 24.05.2011 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Mit Schreiben vom 08.07.2011 sind sie von der Auslegung benachrichtigt worden.

3. Auswertung der öffentlichen Auslegung

Während der Auslegungsfrist wurde keine Stellungnahme von Bürgern abgegeben.

4. Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Es wurden 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, darunter 4 Nachbargemeinden nach § 4 (2) BauGB schriftlich um Stellungnahme zum Entwurf der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt) gebeten.

30 Behörden und Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme zum Entwurf abgegeben. Die Liste der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist der Beschlussvorlage in Anlage 1 beigefügt.

5. Bürger

Während der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde von keinem Bürger eine Stellungnahme abgegeben.

6. Abwägungsvorschläge

Die Abwägungsvorschläge wurden protokolliert und sind der Beschlussvorlage in der Anlage 2 beigefügt. Entsprechend den Abwägungsergebnissen werden Änderungen bzw. Korrekturen der Begründung vorgeschlagen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Beschlüsse zur Abwägung entsprechend den Beschlussentwürfen zu fassen. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.

Anlagen:

Anlage 1 - Liste der beteiligten Behörden und TÖB

Anlage 2 - Abwägungsvorschläge Behörden, Nachbargemeinden und Bürger nach der
Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung